

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.01.2026
Sitzungsbeginn:	19:01 Uhr
Sitzungsende:	22:10 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärger	Bündnis 90/Die Grünen
--------------	-----------------------

Mitglieder

Torben Wunderlich	CDU	
Janik Schernikau	CDU	
Sabine Zedler	CDU	
Hendrik Thomascheski	CDU	
Dr. Ralf Sonntag	Bündnis 90/Die Grünen	
Bärbel Sandberg	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Holger Craemer
Rainer Hagendorf	SPD	
Alexandra Petersen	SPD	Vertretung für: Matti Schlotzhauer
Ingrid Paradies	WSI	
Klaus Koschnitzke	FDP	Vertretung für: Jörg Hohner

Umweltbeirat

Nicole Petersen	Umweltbeirat
-----------------	--------------

Seniorenbeirat

Helmut Steinke	Seniorenbeirat
----------------	----------------

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz	Werkleitung Stadtentwässerung
-----------------------	-------------------------------

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto	Bürgermeisterin
Claudia Broekhuis	Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt
Birgit Woywod	Fachdienstleitung Bauverwaltung und öffentl. Flächen
Eva Schlensock	Fachdienstleitung Gebäudemanagement
Henrike Paramin-Priefert	Fachdienstleitung Ordnung und Einwohnerservice
Christiane Maylahn	Leitstelle Umweltschutz
Benjamin Jensen	Leitung Bauhof
Charleen Bonna	Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Holger Craemer	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Matti Schlotzhauer	SPD	entschuldigt
Jörg Hohner	FDP	entschuldigt

Jugendbeirat

Jonas Petersen	Jugendbeirat	entschuldigt
----------------	--------------	--------------

Gäste:

[illegible]

Ratsfrauen und Ratsherren: Frau Römer und Frau Goll

8 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie schlägt vor, den voraussichtlich nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung zu streichen, sofern kein Beratungsbedarf besteht. Es wird kein Bedarf gemeldet. Weitere Änderungsvorschläge liegen nicht vor. Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung und die Gesamt-Tagesordnung in einer Abstimmung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Bericht der Feuerwehr | |
| 4 | Protokoll der Sitzung vom 20.11.2025 | |
| 5 | Anfragen und Anträge zur Haushaltssatzung 2026/2027 | |
| 5.1 | Antrag der WSI-Fraktion
hier: Haushaltsansatz Möblierung der Kantine /
Sitzungsräume | ANT/2026/002 |
| 5.2 | Antrag der CDU-Fraktion
hier: Haushaltsansatz Möblierung der Kantine -
Sperrvermerk | ANT/2026/003 |
| 5.3 | Antrag der CDU-Fraktion
hier: Feuerwehr - Leasingoption für Kommandofahrzeug | ANT/2026/004 |
| 5.4 | Antrag der CDU-Fraktion
hier: Moorwegschule - Lehrerparkplatz - Sperrvermerk | ANT/2026/005 |
| 5.5 | Antrag der WSI-Fraktion
hier: Neubau Unterkunft Schulauer Straße | ANT/2026/006 |



5.6	Antrag der FDP-Fraktion hier: Ausbau und Sanierung der Sportstätten	ANT/2026/009
5.7	Antrag der CDU-Fraktion hier: Haushaltsansatz Radschnellweg - Streichung	ANT/2026/007
5.8	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Radschnellweg Berücksichtigung im Haushalt 26/27	ANT/2026/010
5.9	Antrag der WSI-Fraktion hier: Haushaltsansatz Gemeindestraßen	ANT/2026/008
5.10	Antrag der CDU-Fraktion hier: Maßnahme S-Kurve Breiter Weg Autal - Streichung	ANT/2026/011
5.11	Antrag der CDU-Fraktion hier: P+R Anlage - Anforderungsprofil & Ausschreibungsvorbereitung	ANT/2026/012
5.12	Antrag der CDU-Fraktion hier: Standortprüfung und Organisationsstruktur des Bauhofes	ANT/2026/013
5.13	Antrag der WSI-Fraktion hier: Investition in den Fuhrpark des Bauhofs	ANT/2026/014
5.14	Antrag der SPD-Fraktion hier: Haushaltsansätze für Baumaßnahmen	ANT/2026/018
5.15	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mittel für Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand	ANT/2026/017
5.16	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Möblierung Kantine	ANT/2026/019
5.17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Umbau östlicher Tennenplatz (2028)	ANT/2026/020
5.18	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Investitionen Straßenausbau/-sanierungen	ANT/2026/021
5.19	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Ausbauvariante für die Straße Tinsdaler Weg	ANT/2026/022
5.20	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Ausbauvariante für die Straße Breiter Weg	ANT/2026/023
5.21	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Sperrvermerk/Konzept für Ausbau Parkplatz Spitzerdorfstraße	ANT/2026/024
6	Haushaltssatzung 2026/2027	BV/2025/080
7	Öffentliche Mitteilungen und Anfragen	
7.1	Kosten Stand Durchführung und Kostenentwicklung der Hochbauprojekte	MV/2025/106
7.2	Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen	MV/2025/121
7.3	Bericht der Verwaltung	
7.3.1	Haushaltssicherung 2028 / aktueller Stand zum 02.12.2025	MV/2025/119
7.3.2	Haushaltskonsolidierung	

- 7.3.3 Meinungsbild der Fraktionen zur Wiedereinführung der
Straßenausbaubeiträge
- 7.4 Sachstand Hochbauten in Wedel



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Es wird eine Frage hinsichtlich des aktuellen Standes einer Beschlussvorlage (BV/2024/066) aus September 2024 gestellt - dort wurde die Erweiterung und der Ausbau der Küche für die Albert-Schweitzer-Schule beschlossen. Die Verwaltung gibt an, dass die genauen Kosten in Höhe von 60.000 Euro ermittelt wurden. Anschließend wurde die Beschlussvorlage abgelehnt und in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport verwiesen, weil sie thematisch nicht in den Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss gehört.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat bemerkt, dass die Agenda zu der Thematik rund um den Haushaltsentwurf 2026/2027 sehr umfangreich ist. Der Seniorenbeirat selbst hat sich auch intensiv mit dem Haushalt und möglichen Einsparungsmöglichkeiten auseinandergesetzt, wird aber keinen Antrag diesbezüglich stellen.

Der Umweltbeirat kündigt einen Vortrag am 18.02.2026 um 18:00 im Ratssaal an. Das Thema des Vortrages lautet „Mikroplastik in der Umwelt - Eine Spurensuche vom Elbstrand bis in die Ozeane“. Der Referent Dr. Lars Michael Hildebrandt ist analytischer Wissenschaftler und Chemiker am Helmholtz-Zentrum Hereon in Geesthacht.

Der Jugendbeirat ist in der heutigen Sitzung krankheitsbedingt nicht vertreten.

3 Bericht der Feuerwehr

Der Wehrführer berichtet über verschiedene Themen. Im vergangenen Jahr 2025 gab es insgesamt 454 Einsätze der Feuerwehr, die Silvesternacht war insgesamt sehr ruhig. Alleine im Januar 2026 gab es bis zum heutigen Tag schon 60 Alarmer, viele aufgrund der aktuellen Wetterlage. Einige Einsätze davon wären jedoch nicht nötig gewesen. Als Beispiel wird die Beseitigung von Eiszapfen angeführt, die gefahrlos vom Anrufenden selbst hätten entfernt werden können. Die Vorsitzende erkundigt sich, ob diese Einsätze nicht sehr viel Geld kosten würden. Der Wehrführer erklärt, dass das stimmt. Wenn sich Eiszapfen über öffentlichen Gehwegen befinden, dann liegt eine Gefahrenlage vor und der Einsatz der Feuerwehr ist berechtigt. Die Verwaltung ergänzt, dass ein Feuerwehreinsatz nachträglich in Rechnung gestellt werden kann, wenn der Anrufende selbst die Eiszapfen im Rahmen seiner eigenen Verkehrssicherungspflicht gefahrlos hätte entfernen können.

Das Jahr hat direkt spannend begonnen, denn die Bombenentschärfung am 11.01.2026 im Industriegebiet hat auch die Feuerwehr intensiv beschäftigt. Es mussten rund 400 Leute während der Entschärfung untergebracht werden, insgesamt haben in allen Bereichen etwa 150 Einsatzkräfte einen großartigen Job gemacht - von der Planung, über den Bauhof bis hin zur Betreuung und Unterstützung der untergebrachten Menschen in der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule. Natürlich gab es ein paar wenige Menschen, die sich über etwas beschwert haben, aber insgesamt war die Stimmung sehr gut und die Dankbarkeit der Menschen zu spüren. An dieser Stelle bedankt sich auch die Bürgermeisterin für die tolle Zusammenarbeit und weist auf die an diesem Tag herrschende Doppelbelastung aufgrund der Wetterlage hin. Das gesamte Team hat tatkräftig zusammengearbeitet, was für viel Sicherheit und einen reibungslosen Ablauf gesorgt hat. Zudem bedankt sie sich auch bei den Mitarbeitenden des Bauhofes, die aufgrund der aktuellen Wetterlage sehr viel zu tun und das gesamte Evakuierungsgebiet inklusive der Nebenstraßen geräumt haben.

Die Nachfolge des Wehrführers ist noch immer nicht geklärt. Es gab jedoch ein Treffen mit möglichen Kandidaten und der Wehrführer ist vorsichtig optimistisch, dass demnächst eine erneute Wahl stattfinden kann. Am 13.02.2026 ist die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Wedel, bis dahin wird die Nachfolge aber wahrscheinlich noch nicht geklärt sein.

Im Hinblick auf den Haushaltsentwurf 2026/2027 gab es auch bei der Feuerwehr intensive Gespräche über mögliche Sparmaßnahmen. Insgesamt hält sich die Ausfallquote aufgrund der Langlebigkeit der Technik in Grenzen, bei manchen Fahrzeugen könnte man daher unter Umständen die Laufzeitdauer verlängern. Die Anzahl der Fahrzeuge kann jedoch nicht reduziert werden.

Des Weiteren ist der Motor am Notstromaggregat der Feuerwehr defekt. Wenn es jetzt einen Stromausfall gäbe, wäre es bei der Feuerwehr dunkel. In Planung ist ein fahrbares Notstromaggregat, welches jedoch sehr kostenintensiv ist. Ein finales Ergebnis steht noch nicht fest.

4 Protokoll der Sitzung vom 20.11.2025

Es gibt keine Anmerkungen. Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

5 Anfragen und Anträge zur Haushaltssatzung 2026/2027

Es gibt diverse Anfragen und Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2026/2027. Die Anfragen der Fraktionen wurden bereits im Vorwege schriftlich beantwortet.

Der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr gibt an, dass es im Rahmen der Investitionen der Feuerwehr Einsparungsmöglichkeiten für den Haushaltsentwurf 2026/2027 gibt. Für das Löschgruppenfahrzeug LF 10 (126001727, Seite 109 des Investitionsplanes) sind 650.000 Euro für das Jahr 2026 angesetzt. Der Wehrführer schlägt vor, diese Investition in das Jahr 2028 zu verschieben. Des Weiteren kann die Investition Gerätewagen Logistik mit Ladebordwand (126001728, Seite 109 des Investitionsplanes) in Höhe von 450.000 Euro aus dem Jahr 2027 in das Jahr 2032 verschoben werden.

Der Ausschuss stimmt einstimmig über die vorgeschlagene Änderung ab.
(11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

5.1 Antrag der WSI-Fraktion

hier: Haushaltsansatz Möblierung der Kantine / Sitzungsräume

ANT/2026/002

Die WSI-Fraktion stellt ihren Antrag vor und erläutert, dass sich der Antrag vor allem auf die Stühle bezieht. Statt der Investition in neue Möbel könnten die vorhandenen Stühle aufgearbeitet und neu bezogen werden. Die Verwaltung gibt an, dass die vorhandenen Stühle bald auseinanderfallen und eine Aufarbeitung sehr teuer ist. Die Lohnkosten pro Möbelstück sind bei einer Aufbereitung so hoch, dass die Investition in neue Möbel sinnvoller ist. Nach weiteren Rückfragen zieht die WSI-Fraktion den Antrag zurück.

5.2 Antrag der CDU-Fraktion

ANT/2026/003

hier: Haushaltsansatz Möblierung der Kantine - Sperrvermerk

Die CDU-Fraktion stellt ihren Antrag zur Möblierung der Kantine vor. Der CDU-Fraktion ginge es vor allem darum, dass die Höhe des Ansatzes nicht plausibel erscheint und eine transparente Aufstellung der konkreten Maßnahmen erforderlich ist. An dieser Stelle wird auch der Antrag ANT/2026/019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus TOP 5.16 herangezogen. Darüber hinaus führt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag an, dass zudem geprüft werden sollte, wie der angrenzende Bereich im Rahmen der geplanten Sanierung baulich umgestaltet werden kann. Die Idee dahinter ist, dass man den Bereich unabhängig vom übrigen Rathausgebäude über einen separaten Zugang erschließen und nutzen kann. Dies würde einen erheblichen Vorteil für die Nutzungsmöglichkeiten der Räumlichkeiten bedeuten. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Anträgen einen Sperrvermerk erzielen möchten und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusätzlich ein bauliches Konzept prüfen lassen möchten. Die CDU-Fraktion stimmt nach kurzer interner Beratung einer Zusammenlegung beider Anträge zu.

Geänderter Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den Haushaltsansatz für die Möblierung der Kantine in Höhe von 250.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, im Zuge der geplanten Sanierung ein Konzept für die Umgestaltung und Nutzung des angrenzenden Bereichs zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.3 Antrag der CDU-Fraktion

ANT/2026/004

hier: Feuerwehr - Leasingoption für Kommandofahrzeug

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag vor. Die Fraktion bemängelt, dass nur eine Alternative durch die Verwaltung angeboten wird. Neben dem Kauf eines Kommandofahrzeuges sollten jedoch auch Leasingoptionen in Betracht gezogen werden, da dies wirtschaftlicher sein kann. Des Weiteren soll die Verwaltung die Kompensation des bestehenden Fuhrparks ebenfalls prüfen. Die Verwaltung verweist auf die vorliegende schriftliche Antwort und erklärt, dass Leasingoptionen bereits geprüft wurden und nicht in Betracht kommen. Die CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück.

5.4 Antrag der CDU-Fraktion

ANT/2026/005

hier: Moorwegschule - Lehrerparkplatz - Sperrvermerk

Die CDU-Fraktion beantragt den bestehenden Sperrvermerk beizubehalten und um ein Verkehrskonzept mit Alternativprüfungen zu erweitern. Die CDU-Fraktion erklärt dazu, dass für eine Entscheidung fundierte Planungsgrundlagen fehlen und fragt, ob es grundsätzliche sicherheitstechnische Bedenken gibt. Die Verwaltung verneint dies. Grundsätzlich besteht Einigkeit, dass die Gesamtlage erst geklärt werden muss. Der Lehrerparkplatz sowie die Straße Breiter Weg müssten zusammen betrachtet werden und zur richtigen Zeit als ein Projekt verwirklicht werden. An dieser Stelle wird auch der zweite Punkt des Antrages ANT/2026/018 der SPD-Fraktion aus TOP 5.14 herangezogen und diskutiert. Auch die SPD-Fraktion beantragt die Aufschiebung der Erneuerung des Lehrerparkplatzes Moorwegschule. Des Weiteren schließt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Ausführungen an. Sie trägt vor, dass man im Zuge der Sanierung dann auch über eine Entsiegelung der Flächen nachdenken sollte. Die Fraktionen stimmen einer Zusammenlegung des CDU-Antrages und des SPD-Teilantrages zu.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den bestehenden Sperrvermerk beizubehalten und um ein Verkehrskonzept inklusive Alternativprüfungen zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.5 Antrag der WSI-Fraktion

ANT/2026/006

hier: Neubau Unterkunft Schulauer Straße

Die WSI-Fraktion stellt den Antrag vor. Es soll seitens der Verwaltung überprüft werden, ob bei einer Modulbauweise Baukosten eingespart werden können. In anderen Städten ist es mittlerweile Standard die städtischen Gebäude in Modulbauweise zu bauen, um Baukosten zu senken und Bauvorhaben zu beschleunigen. Die Verwaltung verweist auf die schriftliche Antwort und erklärt, dass die Modulbauweise bereits in Betracht gezogen wurde. Modulbauweisen eignen sich vor allem auf weiten freien Flächen. Auf der konkreten Fläche gibt es jedoch einen hohen Baumbestand, der erhalten werden muss. Des Weiteren gibt es noch eine Turnhalle. Durch den beengten Raum ist man daher zu dem Ergebnis gelangt, dass die Tafelbauweise ein guter Kompromiss und der Mittelweg zwischen einer gemauerten Bauweise und der Modulbauweise ist. Bei der Tafelbauweise werden die Bodenplatte und Treppenhäuser gegossen, alles andere wird vorgefertigt. Eine andere Bauweise ist laut Verwaltung nicht möglich. Die CDU-Fraktion stellt die Frage, was überhaupt eine Modulbauweise ist. Die Verwaltung erklärt, dass bei der Modulbauweise das Grundgerüst als komplettes Modul mit vorgefertigten Maßen hergestellt und vor Ort dann einfach aufge-

stellt wird. Dabei handelt es sich jedoch um Standardmaße, von denen nicht abgewichen werden kann. Aus diesem Grund kommt diese Bauweise für das konkrete Bauvorhaben nicht in Betracht. Die FDP-Fraktion erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Bauvorhabens. Die Verwaltung erläutert, dass momentan die Bestandsliegenschaft abgebrochen wird und dieser Abbruch bis Ende Februar abgeschlossen werden soll. Die Ausschreibung für das neue Gebäude ist bereits fertig, kann jedoch erst veröffentlicht werden, wenn der Haushalt genehmigt wird. Die WSI-Fraktion fragt nach, ob die Tafelbauweise günstiger ist als die gemauerte Bauweise - die Verwaltung bejaht dies. Daraufhin zieht die WSI-Fraktion den Antrag zurück.

5.6 Antrag der FDP-Fraktion

ANT/2026/009

hier: Ausbau und Sanierung der Sportstätten

Der Antrag wurde bereits im Rat beschlossen. Die FDP-Fraktion zieht den vorliegenden Antrag daher zurück.

5.7 Antrag der CDU-Fraktion

ANT/2026/007

hier: Haushaltsansatz Radschnellweg - Streichung

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag vor und begründet diesen damit, dass der Ansatz in Betracht der Haushaltslage nicht notwendig ist.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den Haushaltsansatz für den Radschnellweg in Höhe von 250.000 Euro zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt (§ 39 Abs. 1 S. 3 GO: Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt)

5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	5	1
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen		3	
SPD-Fraktion		2	
WSI-Fraktion			1
FDP-Fraktion	1		

5.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANT/2026/010

hier: Radschnellweg Berücksichtigung im Haushalt 26/27

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag vor und erklärt, dass sie die vorzeitige Berücksichtigung im Haushalt für notwendig halten. Wedel sollte sich weiterhin zukunftsorientiert entwickeln und die Radinfrastruktur vorantreiben. Des Weiteren gibt es viele Förderungsmöglichkeiten für den Ausbau nachhaltiger Mobilität, die für dieses Vorhaben in Frage kommen. Die SPD-Fraktion schließt sich den Ausführungen vollumfänglich an. Ein schneller Ausbau macht aufgrund der möglichen Fördermittel Sinn und Wedel hat aktuell im Bereich der Förderung des Radverkehrs einen schlechten Ruf. Bei dem aktuellen

Radweg muss die Oberfläche zudem immer wieder ausgebessert werden. Durch den Ausbau der Veloroute können die Straßen entlastet und die Verkehrsdichte reduziert werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt an, dass eine Förderung in Höhe von bis zu 90 Prozent möglich ist und alles rund um das Thema Mobilität und Mobilitätskonzept nicht immer wieder zurückgestellt werden darf. Die Verwaltung erklärt, dass es noch keine fortgeschrittene Planung zu dem Radschnellweg gibt. Für einen möglichen Förderantrag müsste es jedoch einen Entwurf geben, für den wiederum Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssen. Das Vorziehen des Vorhabens in den Haushalt 2026/2027 widerspricht der allgemeinen Priorisierung, die vom Rat beschlossen wurde. In der Verwaltung entspricht der Radschnellweg der Priorität 6. Die Hochstufung in eine höhere Priorität müsste beantragt und vom Rat beschlossen werden. Des Weiteren muss man detailliert prüfen, was genau förderfähig ist und eine mögliche Förderung beeinflusst nicht die Priorisierung. Für die Radverkehrsförderung gibt es dabei eine wichtige Grundlage, nämlich das integrierte Radwegkonzept. Dort nicht genannte Straßen haben grundsätzlich wenig Chancen auf Förderung. Die CDU-Fraktion gibt anschließend zu bedenken, dass die angesetzten 250.000 Euro in Betracht der immer weiter steigenden Kosten sehr gering erscheinen. Ein Ratsmitglied erklärt dazu, dass es sich bei dem Ansatz um reine Planungskosten handelt. Und mit genau dieser Planung sollte man endlich beginnen, wenn das Vorhaben irgendwann realisiert werden soll. Die CDU-Fraktion hält entgegen, dass sie grundsätzlich auch für gut ausgebaut Radwege sind. Eine mögliche Förderung erleichtert das Vorhaben vielleicht, jedoch sind auch viele Leistungen durch die Stadt zu tragen und in der aktuellen Lage muss mit den vorhandenen Mitteln sparsam umgegangen werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt an, dass dieses Thema unter Umständen auch für den Planungsausschuss interessant ist. Dort könnte eruiert werden, wie man Wedel weiterentwickeln will, auch im Hinblick auf Klimaneutralität. Die Fraktion erkundigt sich, ob es sich bei den für 2028 angesetzten 250.000 Euro um reine Planungskosten handelt. Die Verwaltung bejaht dies. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte nach Klärung aller Rückfragen über den Antrag abstimmen lassen.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den Haushaltsansatz für den Radschnellweg in Höhe von 250.000 Euro im Haushalt 2026/2027 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	6	0
CDU-Fraktion		4	
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion		1	

Anlage 1 Buendnis 90_Die Gruenen_Antrag_Radschnellweg Auweidenweg_UBF_15_01_2026

5.9 Antrag der WSI-Fraktion

hier: Haushaltsansatz Gemeindestraßen

ANT/2026/008

Die WSI-Fraktion stellt den Antrag vor. Der Antrag beinhaltet die Streichung der Haushalts-

ansätze für zwei Straßensanierungen. Für die dritte Straße (Adalbert-Stifter-Straße) geht es um die Reduzierung des angesetzten Aufwandes. Die Verwaltung führt dazu aus, dass für die Adalbert-Stifter-Straße bereits ein Bauprogramm mit Anliegerbeteiligung und notwendigen Entwässerungsflächen besteht. Eine Reduzierung der angesetzten Mittel würde bedeuten, dass man gänzlich wieder neu beginnen und ein neues Bauprogramm erstellen müsste. Zudem kann nicht auf die Entwässerungsflächen verzichtet werden. Die WSI-Fraktion streicht daraufhin die Adalbert-Stifter-Straße aus dem Antrag, der übrige Antrag soll bestehen bleiben. An dieser Stelle wird auch der Antrag ANT/2026/021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Tagesordnungspunkt 5.18 herangezogen sowie der Teil-Antrag ANT/2026/018 der SPD-Fraktion aus dem Tagesordnungspunkt 5.14. Aufgrund der Ähnlichkeit der Anträge wird darüber diskutiert, ob die Fraktionen einen gemeinsamen Antrag zu dieser Thematik stellen wollen. Es besteht innerhalb der Fraktionen noch weiterer Beratungsbedarf. Aus diesem Grund wird der Antrag einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

5.10 Antrag der CDU-Fraktion

ANT/2026/011

hier: Maßnahme S-Kurve Breiter Weg Autal - Streichung

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag vor und begründet diesen damit, dass die Maßnahme aktuell nicht erforderlich ist. Aus diesem Grund kann man die für dieses Vorhaben angesetzten Haushaltsmittel einsparen. Die FDP-Fraktion führt an, dass die Begründung „die Maßnahme sei aktuell nicht erforderlich“ unpassend gewählt wurde, da der dortige Verkehr eine Katastrophe ist und folglich durchaus eine Notwendigkeit zur Sanierung besteht.

Des Weiteren erkundigt sich die FDP-Fraktion, ob dieses Vorhaben nicht bereits beschlossen sei und der Antrag daher nicht nötig ist. Die Verwaltung erklärt, dass das Vorhaben in der Vergangenheit abgelehnt, jedoch neu in den Haushalt eingestellt wurde. Aus diesem Grund ist eine erneute Entscheidung notwendig. Die aktuelle Ampel dort stellt nur ein Provisorium dar, denn sie reicht nicht aus, um den aus Pinneberg kommenden Verkehr aufzunehmen. Aus diesem Grund ist die Maßnahme verkehrstechnisch erforderlich. Die schon bestehende Planung muss dringend ergänzt werden. Die CDU-Fraktion stellt die Frage, ob man die Maßnahmen S-Kurve und Breiter Weg verknüpfen könnte. Die Verwaltung erklärt, dass es sich um zwei unabhängige Maßnahmen handelt und eine Verknüpfung daher nicht möglich ist.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie die Planung der Verwaltung für ungeeignet hält. Das Konzept muss anders aussehen und die Anforderungen für alle Verkehrsteilnehmer erfüllen, beispielsweise durch einen Kreisverkehr. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt den Ausführungen der SPD-Fraktion zu und betont, dass die aktuelle Planung für Radfahrer und Fußgänger ungeeignet ist. Die Verwaltung erläutert, dass die Pinneberger Straße eine Landesstraße und daher vorrangig zu bedienen ist. Aus diesem Grund muss dort eine Ampel stehen, ein Kreisverkehr ist nicht möglich. Die vorhandene Planung soll im Sinne aller Verkehrsteilnehmer ergänzt und erweitert werden. Dazu sind die angesetzten Planungskosten aber notwendig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwidert, dass aber auch die bereits vorhandene Planung abgelehnt wurde. Sie wünscht sich für die Zukunft eine bessere Transparenz bei Anpassungen und Erweiterungen vorhandener Pläne. Es wird deutlich, dass noch weiterer Beratungsbedarf notwendig ist. Der Antrag wird daher einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.



5.11 Antrag der CDU-Fraktion

hier: P+R Anlage - Anforderungsprofil & Ausschreibungsvorbereitung

ANT/2026/012

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

5.12 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Standortprüfung und Organisationsstruktur des Bauhofes

ANT/2026/013

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag vor, eine schriftliche Antwort seitens der Verwaltung liegt vor. Auf Nachfrage der Vorsitzenden spricht sich die CDU-Fraktion für eine Einzelabstimmung der einzelnen Teil-Anträge aus.

Zu den Punkten eins und zwei des Antrages bedankt sich die CDU-Fraktion ausdrücklich für die geleistete Arbeit bei den Mitarbeitenden des Bauhofes und erklärt, dass eine genaue Prüfung trotzdem unerlässlich ist. Sie hat sich den Sozialtrakt selbst angeschaut und empfindet die Zustände dort ebenfalls als katastrophal. Trotzdem sollten die genauen Zahlen für die Maßnahme eingesehen werden können, damit klar wird, worüber konkret abgestimmt wird. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass die Planung und genauen Kosten für den Sozialtrakt im Ausschuss vorgestellt werden und es zunächst nur um die Einstellung in den Haushalt geht. Die Verwaltung erklärt, dass zunächst der Flächenbedarf geklärt wurde. Es gibt einen Baukostenindex mit der Angabe, wie viel der Sozialtrakt eines Bauhofes pro Quadratmeter kostet. Mit diesem Baukostenindex wird eine Kostenschätzung erstellt. Zu dieser Kostenschätzung kommen dann noch die Ingenieurkosten hinzu. Das Bauvolumen beträgt etwa 1.095.000 Euro. Diese Zahl setzt sich aus Notwendigkeit und Bedarf zusammen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass die Ausführungen der Verwaltung sehr schlüssig und verständlich sind. Die SPD-Fraktion schließt sich dieser Meinung an. Nach weiteren Rückfragen zieht die CDU-Fraktion die Punkte eins und zwei des Antrages zurück.

Zum dritten Teil-Antrag stellt die CDU-Fraktion die Frage, ob alle geplanten Fahrzeuge im Haushalt notwendig sind. Die Verwaltung erklärt, dass die Fahrzeuge für den Bauhof in den letzten Jahren immer wieder nach hinten geschoben wurden. Dies ist jetzt nicht mehr möglich, da die Fahrzeuge dringend benötigt werden. Einige Fahrzeuge müssen ersetzt werden, da sie bereits etwa zwölf Jahre alt sind. Die Fahrzeuge kommen aufgrund der hohen Belastung an ihre Grenzen. Seit letztem Jahr ist beispielsweise eine Pritsche nicht mehr einsatzfähig, die schon längst hätte ersetzt werden müssen. Wenn Fahrzeuge ausfallen, können die Mitarbeitenden nicht mehr planmäßig rausgeschickt werden. Leasingoptionen wurden geprüft, kommen vorliegend aber nicht in Betracht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Frage, ob die Fremdvergabe einiger Aufgaben wirtschaftlich ist. Die Verwaltung antwortet, dass dies bereits geprüft wurde. Die Mitarbeitenden des Bauhofes sind günstiger als eine Fremdvergabe. Dies ergibt sich bereits aus den teuren Stundensätzen der externen Anbieter sowie aus dem hohen Steuersatz. Es gibt innerhalb der eigenen Mitarbeitenden mittlerweile in allen Bereichen Fachleute und das zahlt sich extrem aus. Daher besteht keine Notwendigkeit für ein neues Konzept mit Fremdvergabe. Nachdem die CDU-Fraktion die ersten beide Punkte des Antrages zurückgezogen hat, soll über den dritten Punkt des Antrages abgestimmt werden.

Geänderter Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob geplante Ersatz- oder Neufahrzeuge zwingend beschafft werden müssen oder ob Leasing- bzw. Mietmodelle wirtschaftlich sinnvoller sein könnten. Es soll außerdem geprüft werden, welche Aufgaben zwingend durch den städtischen Bauhof erbracht werden müssen und welche Leistungen wirtschaftlich und organisatorisch sinnvoll ausgelagert werden könnten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

6 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	5	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen		3	
SPD-Fraktion		2	
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.13 Antrag der WSI-Fraktion

ANT/2026/014

hier: Investition in den Fuhrpark des Bauhofs

Die WSI-Fraktion stellt den Antrag vor. Sie möchte den Haushaltsansatz für Investitionen in den Bauhof von 930.000 Euro auf 500.000 Euro reduzieren. Die Verwaltung verweist auf die schriftliche Stellungnahme. Die Fraktion stellt die Frage, wie lange es von der Bestellung eines Fahrzeuges bis zu dessen Auslieferung dauert. Die Verwaltung erklärt, dass es auf den Zeitpunkt der Ausschreibung ankommt. Wenn früh ausgeschrieben werden kann, dann können Pritschen noch im selben Jahr ausgeliefert werden. Bei einem LKW gibt es eine längere Wartezeit, diese sind nicht immer innerhalb eines Jahres realisierbar. Grundsätzlich kommt es immer auf die gewünschte Ausstattung und den Zeitpunkt der Ausschreibung an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt an, dass einige Fahrzeuge zeitnah ausgeliefert werden, da sie schon bestellt wurden.

Nach einer kurzen Beratung schlägt die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag vor. Es könnten 500.000 Euro freigegeben werden und die übrigen 430.000 Euro zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Verwaltung erläutert, dass man sich mit den bereits bestellten Fahrzeugen schon nahe der 500.000 Euro befindet. Wenn es zu Schäden an einem der vorhandenen Fahrzeuge kommen würde, könnten diese nicht mehr ersetzt werden. Die vorhandenen Fahrzeuge können in Anbetracht der Unwirtschaftlichkeit nicht mehr repariert werden. Bei Abbestellung neuer Fahrzeuge könnte es zu Ersatzansprüchen gegen die Stadt kommen, weil die bestellten Fahrzeuge eine besondere Ausstattung aufweisen. Bei Ausfällen von vorhandenen Fahrzeugen kann zudem die Leistungsfähigkeit des Bauhofes nicht mehr gewährleistet werden. Des Weiteren muss auch die Investition in Höhe von 75.000 Euro für Inventargeräte unabhängig betrachtet werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont, dass sie die Ausführungen der Verwaltung nachvollziehen kann und die Leistungsfähigkeit des Bauhofs sehr wichtig ist. Die FDP-Fraktion wünscht sich für die Zukunft eine bessere Kommunikation bei solchen Themen, damit Zeit gespart werden kann. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich diesem Wunsch an. Die WSI-Fraktion zieht den Antrag zurück.

5.14 Antrag der SPD-Fraktion

ANT/2026/018

hier: Haushaltsansätze für Baumaßnahmen

Der Antrag der SPD-Fraktion beinhaltet drei Teil-Anträge:

Im ersten Teil des Antrages geht es um die Verschiebung der Finanzmittel für Straßenbaumaßnahmen auf die Jahre 2028 und später. Hierzu führt die SPD-Fraktion aus, dass sie einen Haushaltsbegleitbeschluss beabsichtigt, um verschiedene Maßnahmen zusammenzufassen. Unter anderem geht es darum, dass sämtliche Baumaßnahmen verkehrsfreundlicher für alle Verkehrsteilnehmer werden sollen. Das beinhaltet auch die S-Kurve, jedoch nicht die Adalbert-Stifter-Straße. Die SPD-Fraktion zeigt Unverständnis darüber, dass Maßnahmen im Haushalt eingestellt sind, für die es noch keine Planungen gibt oder die bereits abgelehnt wurden. Dieser Antrag wurde zudem bereits im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5.9 diskutiert. Es besteht innerhalb der Fraktionen noch weiterer Beratungsbedarf. Aus diesem Grund wird der Antrag einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

Der zweite Teil-Antrag beinhaltet die Aufschiebung der Erneuerung des Lehrerparkplatzes Moorwegschule. Für diesen Teil-Antrag siehe Tagesordnungspunkt 5.4.

Der dritte Teil-Antrag beinhaltet die teilweise Verschiebung der Investitionen für den Neubau von Werkstatt und Garage im Elbestadion in das Jahr 2028, um den Doppelhaushalt zu entlasten. Die Verwaltung erklärt, dass der Neubau der Garage mit der Sanierung des Elbestadions verknüpft ist, um Kosten zu sparen. Die Garage steht durch drückendes Grundwasser immer wieder unter Wasser, was für Feuchtigkeit und Schäden sorgt. Daher sieht die Verwaltung die Notwendigkeit einer sofortigen Sanierung. Es gibt keine anderweitigen Stellplätze für die Fahrzeuge und Geräte. Wenn eine Verschiebung beschlossen wird, muss zudem die Verknüpfung beider Baumaßnahmen zurückgenommen werden. Die SPD-Fraktion stellt den Teil-Antrag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, die Investitionen für den Neubau von Werkstatt und Garage im Elbestadion zum Teil auf 2028 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	2	8	1
CDU-Fraktion		4	
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen		3	
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion			1
FDP-Fraktion		1	

5.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mittel für Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand

ANT/2026/017

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.



5.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANT/2026/019

hier: Möblierung Kantine

Siehe Tagesordnungspunkt 5.2.

5.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANT/2026/020

hier: Umbau östlicher Tennenplatz (2028)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag vor. Die SPD-Fraktion schließt sich den Ausführungen grundsätzlich an. Aus ihrer Sicht gibt es aber zu wenige Erfahrungswerte zu Bio-Kunstrasen im Hinblick auf Kosten, Haltbarkeit und Beispielbarkeit. Diese Informationen sind für eine Entscheidung jedoch notwendig. Die Verwaltung verweist auf die schriftliche Antwort. Sie erklärt, dass die Thematik Bio-Kunstrasen aktuell noch überprüft wird. Der Bio-Kunstrasen wurde bereits 2018 beschlossen und seitdem immer wieder verschoben. Jetzt ist ein günstiger Zeitpunkt für dieses Projekt, da die Chance auf Fördermittel bestehen. Der Antrag dafür wurde gestellt. Dazu gibt es auch schon eine Beschlussvorlage für den Rat. Ein grobes Konzept gibt es bereits, jetzt wird das Geld für die Prüfung und Realisation benötigt. Wenn die Ergebnisse feststehen und die Planungen konkretisiert werden, soll das Konzept im Ausschuss vorgestellt werden. Die Punkte Nachhaltigkeit und Naturschutz werden auch mit in das Konzept einfließen.

Die CDU-Fraktion hält das Vorhaben für sinnvoll, zumal es schon seit vielen Jahren verschoben wird. Sie spricht sich jedoch gegen einen symbolischen Antrag aus, da die Prüfung bereits durch die Verwaltung zugesagt wurde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält entgegen, dass der Antrag lediglich zur Sicherheit dient. Wenn die Prüfung der Verwaltung negativ ausgeht, soll dieser Antrag greifen. Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beauftragt die Verwaltung, den Ausschuss vor dem Start der Planungen eines Umbaus des östlichen Tennenplatzes in 2027 darüber zu informieren, welche Ergebnisse die Prüfung eines Bio-Kunstrasen ergeben hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

5 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	0	6
CDU-Fraktion			4
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion			1
FDP-Fraktion			1

5.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANT/2026/021

hier: Investitionen Straßenausbau/-sanierungen

Dieser Antrag wurde bereits im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5.9 diskutiert. Es besteht innerhalb der Fraktionen noch weiterer Beratungsbedarf. Aus diesem Grund wird der Antrag einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

5.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ANT/2026/022**
hier: Ausbauvariante für die Straße Tinsdaler Weg

Die Fraktionen stellen fest, dass in Bezug auf Maßnahmen zum Straßenausbau sowie Straßensanierungen noch Beratungsbedarf besteht. Der Antrag wird daher einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

5.20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ANT/2026/023**
hier: Ausbauvariante für die Straße Breiter Weg

Die Fraktionen stellen fest, dass in Bezug auf Maßnahmen zum Straßenausbau sowie Straßensanierungen noch Beratungsbedarf besteht. Der Antrag wird daher einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

5.21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ANT/2026/024**
**hier: Sperrvermerk/Konzept für Ausbau Parkplatz Spitzerdorf-
straße**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag kurz vor und betont, dass sie sich eine teilweise Entsiegelung der Flächen wünscht. Die Fraktionen stellen fest, dass in Bezug auf Maßnahmen zum Straßenausbau sowie Straßensanierungen noch Beratungsbedarf besteht. Der Antrag wird daher einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

6 Haushaltssatzung 2026/2027 **BV/2025/080**

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

**7.1 Kosten Stand Durchführung und Kostenentwicklung der Hoch-
bauprojekte** **MV/2025/106**

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

7.2 Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen **MV/2025/121**

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

7.3 Bericht der Verwaltung

Die Stadtentwässerung berichtet, dass die Flyer zum nächtlichen Betriebsverbot von Mährobotern mit den Bescheiden über die Jahresgebühren verschickt werden. Der Flyer wurde auf eine eigene Seite gedruckt und mit weiteren wichtigen Hinweisen der Stadtentwässerung kombiniert. Der Flyer soll voraussichtlich im Februar verschickt werden.

Anlage 1 Flyer Igelschutz



7.3.1 Haushaltssicherung 2028 / aktueller Stand zum 02.12.2025

MV/2025/119

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

7.3.2 Haushaltskonsolidierung

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

**7.3.3 Meinungsbild der Fraktionen zur Wiedereinführung der
Straßenausbaubeiträge**

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

7.4 Sachstand Hochbauten in Wedel

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb in der nächsten Sitzung vorangestellt.

Vorsitz:

Protokollführung:

Petra Kärger

Charleen Bonna

